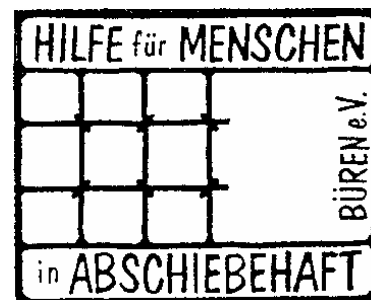


# PRESSE- INFORMATION

Hilfe für  
Menschen in  
Abschiebehaf  
Büren e.V.



## Ausländerbehörden tanzen dem Innenministerium auf der Nase herum

Erlasse zur Abschiebehaf werden systematisch ignoriert

**Büren • Einige hundert Menschen befanden sich in den letzten Jahren zu unrecht in NRW in Abschiebehaf. Wie erst jetzt herauskam, wurde bei einem nicht öffentlichen Dienstgespräch zwischen dem Innenministerium des Landes NRW, den Bezirksregierungen, den Zentralen Ausländerbehörden, dem Amtsgericht Paderborn und der JVA Büren bereits am 12.1.2005 festgestellt, dass sich die Ausländerbehörden systematisch nicht an die Richtlinien und Erlasse des Landesinnenministerium halten. Auch gegen die gesetzlichen Vorgaben und gegen die geltende Rechtsprechung wurde regelmäßig verstoßen.**

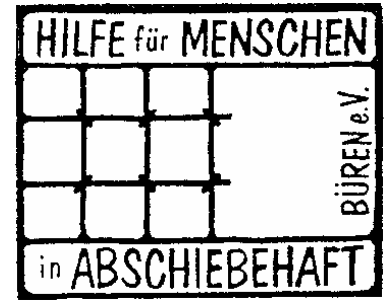
Seit dem Jahre 1996 gibt es im Land Nordrhein-Westfalen eine Richtlinie zur Abschiebehaf, die genau regelt, unter welchen Bedingungen Ausländer in Abschiebehaf genommen werden dürfen. Der Verein 'Hilfe für Menschen in Abschiebehaf Büren e.V.' kritisierte in der Vergangenheit immer wieder, dass sich die Ausländerbehörden nicht an den Erlass halten, wenn es um Fragen wie z.B. der Haftvermeidung geht. Dadurch kommt es immer wieder vor, dass viel zu schnell und zu lange inhaftiert wird. Diese Kritik erfolgte zuletzt in einem Fachgespräch am 12.11.2004 im Landtag NRW. Frank Gockel, Vereinsvorsitzender und Pressesprecher erklärte dort ausführlich und mit vielen Beispielen, dass die Ausländerbehörden die Vorgaben des Innenministeriums missachten.

Dieses Fachgespräch nahm das Innenministerium zum Anlass, in einer nicht öffentlichen Besprechung zwischen dem Innenministerium des Landes NRW, den Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf, Detmold, Münster und Köln, den Zentralen Ausländerbehörden aus Köln, Düsseldorf, Dortmund und Bielefeld, dem Amtsgericht Paderborn und der JVA Büren die Thematik zu erörtern. Dabei stellte sich heraus, dass

Paderborn, 13. Juli 2005

Hilfe für Menschen in  
Abschiebehaf Büren e.V.  
Pressesprecher:  
Frank Gockel  
Pöppinghauser Str. 20  
32756 Detmold  
Tel.: 07 00-22 99 77 11  
Handy: 01 71-47 59 240  
E-Mail: Presse@hfmia.de  
www.gegenAbschiebehaf.de

# Ausländerbehörden tanzen dem Innenministerium auf der Nase herum



es zu einer Vielzahl von Verstößen insbesondere seitens der Ausländerbehörden vor Ort gekommen ist.

So sind viele Haftanträge unzureichend, die Angaben sind nicht immer vollständig und wahrheitsgemäß und sie enthalten nicht immer entlastende Aussagen des Betroffenen. Haftanträge wurden für 6 Monate beantragt, obwohl der Gesetzgeber eine Antragshöchstdauer von 3 Monaten vorsieht. Selbst bei Kinder und Jugendlichen kam es oft zu doppelt so langen Haftanträgen, als es eigentlich nach der Richtlinie erlaubt ist.

Auch bei Haftverlängerungen erhalten die Betroffenen regelmäßig nicht eine Kopie der Haftverlängerungsanträge der Ausländerbehörden. Auch teilt das Gericht ihnen oft den Anhörungstermin nicht vorher mit, so dass sich die Gefangenen nicht vorbereiten können.

Die Ausländerbehörden sind verpflichtet, Gefangene sofort aus der Haft zu entlassen, wenn fest steht, dass eine Abschiebung innerhalb der Haftzeit nicht mehr erfolgen kann. Diese Gesetzesvorgabe wird regelmäßig durch die Ausländerbehörden missachtet.

Auch kommt es immer wieder vor, dass Menschen inhaftiert werden, bei denen von vorneherein klar ist, dass eine Abschiebung unmöglich ist. So stellen z.B. die Botschaften von Pakistan und Marokko keine Passersatz-Papiere aus, die Betroffenen können ohne die Papiere nicht abgeschoben werden und verbringen deswegen 6 Monate oder sogar mehr in Haft, bevor sie wieder entlassen werden.

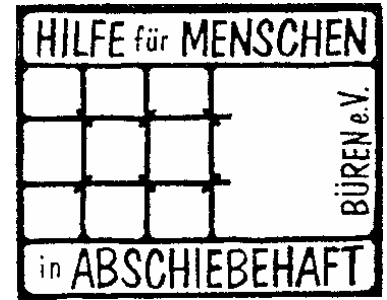
Opfer von Menschenhandel, denen es ermöglicht werden soll, innerhalb von vier Wochen freiwillig auszureisen, wird diese Frist regelmäßig nicht eingeräumt und sie werden sofort inhaftiert.

Bei 10 von 15 untersuchten Punkten wurde in dem Gespräch festgestellt, dass sich die Ausländerbehörden nicht durchgängig an die Vorgaben des Gesetzgebers oder des Innenministeriums gehalten haben oder dass es Klärungsbedarf gab. „Ein Skandal“, so Frank Gockel vom Verein 'Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.', „damit wird klar, dass Hunderte von Menschen ohne die

## PRESSE INFORMATION

Hilfe für Menschen in  
Abschiebehaft Büren e.V.  
Pressesprecher:  
Frank Gockel  
Pöppinghauser Str. 20  
32756 Detmold  
Tel.: 07 00-22 99 77 11  
Handy: 01 71-47 59 240  
E-Mail: [Presse@hfmia.de](mailto:Presse@hfmia.de)  
[www.gegenAbschiebehaft.de](http://www.gegenAbschiebehaft.de)

# Ausländerbehörden tanzen dem Innenministerium auf der Nase herum



Einhaltung der rechtlichen Grundlagen inhaftiert waren“. Obwohl die Bezirksregierungen die Ausländerbehörden zur strikten Anwendung der Gesetze und Richtlinien anhalten sollen, hat sich kaum etwas verbessert. Noch immer stellt der Verein bei seinen Beratungsgesprächen viele Verstöße gegen Rechtsvorschriften fest.

Eine Kopie sämtlicher im Text genannten Dokumente und weitere Informationen erhalten Sie unter [www.gegenAbschiebehafft.de](http://www.gegenAbschiebehafft.de)

## PRESSE INFORMATION

Hilfe für Menschen in  
Abschiebehafft Büren e.V.  
Pressesprecher:  
Frank Gockel  
Pöppinghauser Str. 20  
32756 Detmold  
Tel.: 07 00-22 99 77 11  
Handy: 01 71-47 59 240  
E-Mail: [Presse@hfmia.de](mailto:Presse@hfmia.de)  
[www.gegenAbschiebehafft.de](http://www.gegenAbschiebehafft.de)